

Dringlicher Antrag

der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD

Kontrollierte Rahmenbedingungen für Auszubildende aus Nicht-EU-Ländern

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

Der Senat soll in Zusammenarbeit mit den zuständigen Senatsverwaltungen, den Gewerkschaften, den Kammern, Verbänden und den Oberstufenzentren (OSZ) eine Task Force einrichten, die sich regelmäßig zur Situation der Auszubildenden aus Nicht-EU-Ländern austauscht. Hierbei soll insbesondere das Problem unseriöser Vermittlungsagenturen, die Auszubildende im Ausland anwerben und von diesen im Heimatland hohe Gebühren verlangen, thematisiert und Handlungsoptionen abgestimmt werden. Dabei sollen auch die finanzielle Situation und eventuelle Abhängigkeiten der Auszubildenden in Berlin betrachtet werden.

Die Task Force soll einen Maßnahmenkatalog erarbeiten, um die Auszubildenden gezielt zu unterstützen und zu schützen. Insbesondere sollen die OSZ so aufgestellt werden, dass sie auf individuelle sprachliche, kulturelle und soziale Bedürfnisse der Auszubildenden angemessen eingehen können. Das Angebot ausbildungsbegleitender Sprachkurse soll zur Pflicht gemacht werden.

Darüber hinaus soll ein Verfahren erarbeitet werden, um seriöse Vermittlungsagenturen identifizieren und transparent, z.B. in Form eines „Weißbuchs“ kennzeichnen zu können. Für notwendige Regelungen auf Bundesebene, wie einheitliche Gütesiegel und eine Qualitätssicherung für Sprachtests, soll darüber hinaus eine Bundesratsinitiative gestartet werden. Außerdem soll in Abstimmung mit den Arbeitgeberverbänden und den Gewerkschaften geprüft werden, wie eine öffentliche Awareness-Kampagne für die Thematik umgesetzt werden kann.

Begründung:

Die Anwerbung von Auszubildenden wird in vielen Bereichen immer umfangreicher durchgeführt. In einer Anhörung im Ausschuss Arbeit und Soziales wurde deutlich, dass dies zu immer

größeren Problemen bei einzelnen OSZ führt, wie im OSZ Gastgewerbe/Brillat-Savarin-Schule, das von großen Verständigungsproblemen berichtet hat. Die vorgelegten Sprachzertifikate seien daher kaum glaubwürdig. Zudem wurde auf die teilweise großen Abhängigkeitsverhältnisse hingewiesen, die entstünden, da von den Vermittlungsagenturen sehr hohe Summen für die Vermittlung verlangt würden und die Wohnunterkünfte von den Ausbildungsbetrieben gestellt würden. Gleichzeitig wurde von sehr problematischen Wohnverhältnissen berichtet. Der Wechsel eines Ausbildungsbetriebes werde teilweise durch die Forderung hoher Ablösesummen erschwert, was die Abhängigkeit der Auszubildenden nochmals erhöhe. Um solche ausbeuterischen Verhältnisse zu verhindern, die jungen Leute zu schützen und gleichzeitig Berlin offen und attraktiv für Auszubildende aus dem Ausland zu halten, müssen Maßnahmen ergriffen werden.

Der Fachkräftemangel ist eine sehr große Herausforderung für die Wirtschaft in Berlin. Ein Instrument zur Behebung des Fachkräftemangels ist die gezielte Anwerbung von jungen Leuten aus Nicht-EU-Ländern für die Absolvierung einer Ausbildung in Berlin. Dabei ist es essenziell, klare Standards für die Arbeits-, Wohn- und Ausbildungsbedingungen zu setzen, um eine faire und nachhaltige Integration zu gewährleisten. Zudem müssen die realen Sprachkenntnisse der Bewerber vor der Einreise und der Unterzeichnung eines Ausbildungsvertrages gründlich geprüft werden, um eine erfolgreiche Ausbildungszeit sicherzustellen.

Berlin, den 7. Oktober 2025

Stettner Bocian
und die übrigen Mitglieder
der Fraktion der CDU

Saleh Meyer
und die übrigen Mitglieder
der Fraktion der SPD